

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Rainer Hable, Kolleginnen und Kollegen

betreffend Insolvenzrecht für Gebietskörperschaften

eingebraucht im Zuge der Debatte über die Dringliche Anfrage der Abgeordneten Eva Glawischnig-Piesczek, Freundinnen und Freunde an den Bundesminister für Finanzen betreffend noch mehr Milliarden für die Hypo Alpe Adria und wieder weniger Geld für Wissenschaft und Bildung

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat so rasch wie möglich einen Gesetzesentwurf zuzuleiten, dem zufolge das rasche Erkennen von Insolvenzfällen gewährleistet wird sowie klare Regelungen im Falle der Insolvenz einer Gebietskörperschaft getroffen werden. Insbesondere sollen folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- Einführung einer vorausschauenden sowie vergleichbaren Berichterstattung über die Vermögens- und Schuldensituation von Gebietskörperschaften sowie ihren zurechenbaren ausgegliederten Einheiten.
- Definition der Kriterien für den Eintritt der Insolvenz (Zahlungsunfähigkeit und/oder Überschuldung)
- Rechtswirkungen der Feststellung der Insolvenz
- Durchführung des Insolvenzverfahren
- Möglichkeiten der Zwangsverwaltung
- Wirkungen der Insolvenz auf Verbindlichkeiten der Gebietskörperschaft
- Umschreibung der verwertbaren Vermögensmasse der Gebietskörperschaft“

Begründung

Die aktuelle Berichtslegung über die Vermögens- und Schuldenlage von Gebietskörperschaften sowie ausgegliederten Einheiten ist unklar, schwer vergleichbar bzw. teilweise gar nicht vorhanden. Die aktuelle Rechtslage ist unklar, welche Rechtsfolgen die Zahlungsunfähigkeit einer Gebietskörperschaft (insbesondere eines Bundeslandes) auslöst. Dieser Zustand ist angesichts dessen, dass Gebietskörperschaften Verbindlichkeiten eingehen, aber letztlich das Risiko für deren Tilgung auf andere Gebietskörperschaften abwälzen zu können meinen, untragbar. Durch ein Insolvenzrecht für Gebietskörperschaften wird vermieden, dass – wie im aktuellen Fall des Landes Kärnten und der Landeshaftungen für die Hypo Alpe Adria in einer Höhe, die ein

Mehrfaches der jährlichen Einnahmen des Landes ausmachen - der Bund und die anderen Länder in zweistelliger Milliardenhöhe für die Misswirtschaft eines Landes eintreten zu müssen glauben.

M. Schmid

Reed

Reed

h

Reed

Reed